

Rathaus-Journal

Bonn – Herbst 2023

BONN-ZENTRUM

Liebe Bonnerinnen und Bonner,



um Ihnen ein attraktives, fundiertes und alternatives Angebot zur Zukunft unserer Stadt, konkrete Umsetzungspläne und ein klar abgrenzbares Profil anbieten zu können, haben wir mit **„Bonn2030“** einen Programmprozess gestartet. Dieser soll uns ein ganzes Jahr lang durch interne sowie öffentliche Aktivitäten und Veranstaltungen in die Lage versetzen, Ihnen bereits Ende 2024 unsere konkreten Vorstellungen von der Zukunft unserer Stadt aufzuzeigen. Sie alle sind herzlich eingeladen, uns auf diesem Weg zu begleiten und sich einzubringen.

In der letzten Ausgabe unseres „Rathaus-Journals“ haben wir ausführlich über den beschlossenen Doppelhaushalt 2023/2024 und von den einseitigen und teils falschen Schwerpunktsetzungen von Oberbürgermeisterin und Ratsmehrheit aus Grünen/SPD/Linken/Volt berichtet.

Der städtische Personalapparat wächst seit Amtsantritt der Oberbürgermeisterin um rund 700 Stellen und – zusätzlich zu Steuererhöhungen – wird die Verschuldung unserer Stadt verdoppelt. Unternehmen wandern ab, Geschäfte in der Innenstadt schließen und die „Hilferufe“ der Wirtschaft verhallen ungehört. Die Verkehrskampagne **„Vorfahrt Vernunft“** für eine bessere Mobilität in der Region Bonn/Rhein-Sieg von IHK, Kreishand-

werkerschaft, Handwerkskammer, Haus & Grund, Einzelhandelsverband und City Marketing wird diskreditiert. Unterstützer werden als Klima- oder Verkehrswende-Gegner abgestempelt, ein Dialog verweigert.

Eine eindrucksvolle Protestaktion von Eltern, ihren Kindern, von Betreuerinnen und Betreuern, war erforderlich, um wenigstens mündliche Zusagen in Sachen **OGS-Betreuung** zu erreichen. Massive Kürzungen in den Betreuungszeiten sind angekündigt, was erhebliche Schwierigkeiten für viele Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Folge hätte. Der konkrete Antrag der CDU, der eine finanzielle Absicherung des Finanzierungs-Deltas von 3,7 Millionen Euro vorschlug, wurde zwar abgelehnt, aber auf die mündlichen Zusagen aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen werden wir zurückkommen und daran erinnern, dass Worten auch Taten folgen müssen.

Zu guter Letzt freuen wir uns, dass **Thomas Fahrenholz**, ehemals Vorsitzender des Bonner Bürgerbund (BBB), sich nach einer mehrmonatigen Hospitation entschieden hat, der CDU, unserer Stadtrats- sowie unserer Bezirksfraktion beizutreten und uns mit seinem Sachverstand und seiner Präsenz vor Ort zukünftig tatkräftig unterstützen wird.



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AdobeStock (travelview/Robert Kneschke)

Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen, ins Gespräch kommen. Unter „sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de“ oder Telefon (02 28) 77 20 44 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen.

Ihr Guido Déus MdL

OGS
CDU für auskömmliche Finanzierung
Seite 2



Größte Stadtratsfraktion
mit Thomas Fahrenholz
Seite 2

Adenauerallee
CDU lehnt Versuch zur Einspurigkeit ab
Seite 3

„Bonn2030“
mit drei parallel laufenden Strängen
Seite 3



Neue Fahrradstraßen vernichten viel Parkraum!
Aber warum?
Seite 4

CDU für auskömmliche Finanzierung der OGS



Feyza Yildiz
Jugendpolitische Sprecherin
CDU-Fraktion

Verlässliche Betreuungszeiten in der OGS sind für die CDU ein Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der in Bonn gemeinschaftlich erreichte hohe Standard der OGS ist ein hohes Gut, welches es zu erhalten gilt.

Mit dem Ratsbeschluss vom 22. August zur OGS-Finanzierung bleiben Koalition und Oberbürgermeisterin weit hinter dem bereits vor der Sommerpause eingebrachten Antrag der CDU-Ratsfraktion zurück. Während wir gefordert hatten, die Finanzierungslücke in Höhe von 3,7 Millionen Euro städtischerseits zu schließen, vertagt die Koalition diese Zusage und macht sie vom Ausgang der Verhandlungen mit dem Land NRW zur Erhöhung des Landesanteils abhängig. Die Übernahme der je nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land verbleibenden Finanzierungslücke bleibt in

dem Beschluss schwammig. Statt die von uns beantragte eindeutige Formulierung „wird die Stadt die fehlende Finanzierung übernehmen“, wurde nur ein vages „müsste die Stadt einspringen“ beschlossen.

Dennoch waren die mündlichen Ausführungen nahezu aller Fraktionen zur Aufrechterhaltung unseres Status quo in Bonn im Ergebnis ein Erfolg. Nach der Ablehnung unserer Anträge stimmte letztlich deswegen auch die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der Koalition zu, um die Türe für eine weitergehende Unterstützung der OGS-Träger offen zu halten.

Guido Déus erklärte in der Ratssitzung, dass die CDU-Stadtratsfraktion auf der Seite der Kinder und Eltern steht und er sich auch auf Landesseite für einen höheren finanziellen Beitrag des Landes stark machen werde. ■



Thomas Fahrenholtz wechselt:

CDU ist wieder größte Stadtratsfraktion

Bekanntes Gesicht, neue Partei: Stadtverordneter **Thomas Fahrenholtz** (Bild r.), einst Vorsitzender des Bürger Bund Bonn (BBB), tritt nach einer Phase der Parteilosigkeit in die CDU ein. Damit ist die CDU mit 18 Sitzen nun wieder die größte Fraktion im Rat der Stadt Bonn. „Ich habe die gute, konstruktive Atmosphäre und Diskussionskultur innerhalb der CDU kennen und sehr schätzen gelernt. Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Ob Haushalt, Verkehr oder Kita-Finanzierung, viele Dinge laufen unter grün-linker Regierung in Bonn aus dem Ruder. Wir müssen uns den Herausforderungen der Gegenwart annehmen und die richtigen Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen“, so Fahrenholtz. ■



CDU-Fraktion lehnt Versuch zur Einspurigkeit der Adenauerallee ab

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrem „Nein“ zur geplanten Einspurigkeit der Adenauerallee zwischen Bundeskanzlerplatz und Koblenzer Tor. Auch den beschlossenen dreimonatigen Verkehrsversuch mit der Sperrung je einer Fahrspur pro Richtung von Januar bis März 2024 lehnt die CDU ab.

Fahrradfahrende haben mit Rheinufer und Kaiserstraße hervorragende Alternativen zur Adenauerallee. Die aktuelle Initiative der IHK, der Händlerinnen und Händler in der Innenstadt und der Gewerbetreibenden sowie die Kritik vieler Bürgerinnen und Bürger sind zudem ein Signal: Es ist genug mit Verkehrsversuchen und Herumdoktern an Hauptverkehrsadern“, so Jürgen Wehlius, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Auch die CDU ist für eine Verkehrswende. Aber zuvor müssen Alternativen und Anreize für den Umstieg geschaffen werden. Die Koalition hat gegenteilig die in den Bezirksvertretungen Beuel und Bad Godesberg beschlossenen Verstärkungen der Linien 62 und 63 abgelehnt.

Aus CDU-Sicht sind leistungsfähige und kostengünstige „Park & Ride“-Angebote, Mobilstationen, Taktverdichtungen bei Bus und Bahn sowie ein sichererer, pünktlicher, kostengünstiger und sauberer ÖPNV zu realisieren. Das Auto – gleich mit welchem Antrieb – wird noch auf Jahrzehnte eine wichtige Bedeutung für individuelle Mobilität haben. Es braucht partnerschaftliche und intelligente Verkehrskonzepte – keine Schnellschüsse. ■



Jürgen Wehlius
Verkehrspolitischer Sprecher
CDU-Fraktion

Startschuss für „Bonn 2030“

Es geht los: Wir starten den Prozess „Bonn 2030“! Unser gemeinsames Ziel: Die Erarbeitung von Positionen und Lösungsvorschlägen für die drängenden Fragen unserer Stadt.

Wir bereiten uns vor, ab 2025 in Bonn wieder mehr Verantwortung zu übernehmen. Dafür werden wir in den nächsten 15 Monaten einen klaren Kompass, konkrete

Vorschläge und eine erkennbare Programmatik erarbeiten. Dies möchten wir gemeinsam mit zahlreichen Akteuren aus der ganzen Stadt tun.

Christoph Jansen als Kreisvorsitzender und Guido Déus als Fraktionsvorsitzender haben den Auftrag bekommen, diesen gemeinsamen Prozess von Partei und Fraktion zu steuern. ■



Guido Déus
Vorsitzender der Stadtratsfraktion

„Bonn 2030“ besteht aus drei parallel laufenden Strängen:

Erarbeitung von Konzepten, Ideen und Positionen in sieben Themengruppen

Möglichkeit einer digitalen Beteiligung für alle Mitglieder der CDU Bonn

Öffentlichen Bürger- und Expertenforen für Bürgerinnen und Bürger sowie externe Fachexperten aus der Stadtgesellschaft zur gemeinsamen Entwicklung unserer Vision für Bonn im Jahr 2030



Christoph Jansen
Kreisvorsitzender CDU Bonn



Neue Fahrradstraßen vernichten viel Parkraum!

Aber warum? Auch bei dem aktuellen Vorgehen der grün-rot-linken Stadtpolitik stellt sich die Frage, die die IHK Bonn/Rhein-Sieg gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg, der Handwerkskammer zu Köln, Haus & Grund Bonn/Rhein-Sieg, dem Einzelhandelsverband Bonn Rhein-Sieg Euskirchen und City-Marketing Bonn ebenfalls im Rahmen ihrer breit angelegten Kampagne stellt: Warum keine bessere Mobilität in Bonn mit Vernunft?

Die Verkehrskampagne „Vorfahrt Vernunft“ ist letzten Monat gestartet und soll den Blick von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit auf die schwierige Verkehrssituation lenken sowie Verbesserungen für die regionale Wirtschaft erzielen. Wir als CDU begrüßen diese Initiative sehr! Sie zeigt auch sehr deutlich auf, wie tief die Probleme liegen, die sich in den letzten zwei Jahren durch die ideologische Verkehrspolitik der grün-rot-linken Ratskoalition entwickelt haben – gerade im Stadtbezirk Bonn.

Zurzeit wird in der gesamten Stadt Bonn ein Beschluss aus 2014 umgesetzt, der die Einführung von Fahrradstraßen zum Ziel hatte. Diesen Beschluss hat die Ratskoalition kürzlich aber erweitert, in dem nun nicht nur Fahrradstraßen markiert wer-

den, sondern damit Hand in Hand auch der größte Anteil der Parkplätze in diesen Straßen entfallen wird.

Hier einige Beispiele des neuen ideologischen Fahrradstraßenkonzeptes:

Rosenthal:

Wegfall von 65 Parkplätzen = 87 %

Kapellenstraße:

Wegfall von 12 Parkplätzen = 100 %

Auf den Steinen:

Wegfall von 37 Parkplätzen = 100 %

Steinweg:

Wegfall von 45 Parkplätzen = 59 %

Burbacherstraße:

Wegfall von 39 Parkplätzen = 46 %

Königstraße:

Wegfall von 40 Parkplätzen = 54 %

Weberstraße:

Wegfall von 48 Parkplätzen = 75 %

Kurfürstenstraße:

Wegfall von 76 Parkplätzen = 72 %

Insgesamt entfallen durch dieses rigorose Fahrradstraßenprogramm 499 Parkplätze im Stadtbezirk Bonn – ohne Not!

Schon mit dem Parkraumkonzept für die Nordstadt sind 350 Parkplätze entfallen. Mit den geplanten Parkraumkonzepten für die West- und die Südstadt soll es nach den Plänen der Oberbürgermeisterin so weiter gehen.



Nicole Bonnie

Vorsitzende der Bezirksfraktion Bonn

Das ist eine fehlgeleitete Politik, die weder die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt noch zum Guten der Entwicklung der Bonner Innenstadt und der Stadt Bonn insgesamt dient. Vielmehr schadet sie Bonn, was auch durch eine große Umfrage der IHK und der Kreishandwerkerschaft aus Frühjahr 2023 belegt ist.

Die Verkehrswende hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln braucht partnerschaftliche und intelligente Verkehrskonzepte und kann keine rein auf das Fahrrad fokussierte Verkehrspolitik sein! ■



Sobald der Flutgraben als Fahrradstraße markiert wird, fallen sämtliche Parkplätze auf dieser Straße ohne Ersatz weg.“

Radverkehr stärken – sinnvoll und möglichst

ohne Vernichtung von Parkplätzen in Beuel

Radfahrerinnen und Radfahrer können in den kommenden Jahren dank neuer Fahrradstraßen sicherer und komfortabler durch den Stadtbezirk fahren. Sieben neue Fahrradstraßen, die bereits unter der vorvorigen schwarz-grünen Koalition 2012 beschlossen wurden, werden bis 2024 in Beuel umgesetzt.

Konkret werden die Wolfsgasse, Rheinaustraße, Ringstraße, Holtorfer Straße, Am Ennertbad, der Forstweg/Pützchensweg sowie der Flutgraben in Fahrradstraßen umgewidmet. Bei dem damaligen Beschluss legte die CDU darauf Wert, dass die Einrichtung von Fahrradstraßen weder Passanten noch den motorisierten Individualverkehr benachteiligt. Doch genau das wird jetzt geschehen.

Massiver Verlust von Parkflächen in den Ortsteilen

In den sieben genannten Straßen werden Fahrradstraßen in einer neuen Form umgesetzt. Nicht nur optisch durch die durchgehenden roten Außenlinien sind sie auffällig. Die Fahrgassen, also die Breiten auf der Straße, müssen mindestens 4,50 Meter betragen. Gehwege müssen mindestens 1,50 Meter breit angelegt sein. Geparkt werden darf nur noch auf markierten Parkflächen. Sollte die restliche Fahrbahnbreite neben den 4,50 Meter nicht mehr für Parkflächen ausreichen, so entfallen diese ersatzlos. Genau das wird in Beuel jetzt erfolgen. Bis zu 100 Prozent der heutigen Parkflächen werden damit in den neuen Fahrradstraßen – wie beispielsweise im Flutgraben – wegfallen. So wird die Fahrt mit dem Pkw,

um zum Geldautomat zu gelangen oder Brötchen für das Frühstück zu kaufen, in Küdinghoven deutlich erschwert. Auch der Parkdruck steigt immens an. Die Anwohnerinnen und Anwohner suchen zukünftig noch häufiger in den Nebenstraßen nach einem freiem Parkplatz. Mehr Verkehr und eine höhere Umweltbelastung werden die Folgen der neuen Fahrradstraßen sein. Ab Herbst wird die Stadt Bonn mit der Markierung der Fahrradstraßen beginnen.

Grün-Rot-Rot beschloss ein Fahrradstraßenkonzept ohne Ausführungsplanung und lehnt Beteiligung der Anwohnerschaft ab. Besonders bemerkenswert verlief die Beratung zu den neuen Fahrradstraßen in der Beueler Bezirksvertretung. Die Verwaltung hatte zu keiner der sieben Straßen eine Ausführungsplanung vorgelegt und konnte auch spontan in der Sitzung auf Nachfrage der CDU keine Planung der Straßen zeigen. Das störte Grüne, SPD und Linke wenig. Sie beschlossen dennoch ohne Kenntnis der konkreten Ausführung die Vorlage und geben somit der Verwaltung einen „Freibrief“. Vergeblich beantragte die CDU, dass sämtliche Haushalte an den neuen Fahrradstraßen zunächst zu einer örtlichen Informationsveranstaltung über die Veränderungen vor ihrer Haustür informiert werden. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger lehnte die Koalition ab. Sie folgt damit ihrem Muster, die Menschen vor Ort nicht zu beteiligen.

Königswinterer Straße wird ohne Einbeziehung der Bürger markiert

Denn auch die Neumarkierung der Königswinterer Straße nach einer geän-



Marco Rudolph

Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

dernten Planung erfolgt momentan ohne Beteiligung der Anwohnerschaft und Bürgervereine. Einen Dringlichkeitsantrag von CDU, FDP und BBB, die Bürgerinnen und Bürger zunächst über die geänderten Pläne zu informieren, wurde durch die Koalition abgelehnt. Auch hier werden Parkplätze wegfallen. Tagsüber wird durch die neuen Lieferzonen der Parkdruck besonders steigen, denn dort ist nur ein Be- und Entladen zulässig. Die neue Markierung wird mehr als 238 000 Euro kosten und ist von begrenzter Zeit: Ab 2027 wird die Stadt die Fahrbahnoberfläche sanieren. Aus Sicht der CDU ist diese Maßnahme eine reine Geldverschwendung zulasten des Haushaltes.

Ein großflächiger Verlust von Parkplätzen sowie eine Benachteiligung der Fußgänger, wie auf der Königswinterer Straße nach der Neumarkierung der westlichen Gehwegseite, die teilweise auf 1,80 Meter verringert wurde, wird die CDU weiterhin ablehnen. ■



Innenstadtgestaltung geht in heiße Phase

Nach Jahren der Diskussion gehen die Planungen für die Umgestaltung der Bad Godesberger Innenstadt in die heiße Phase. Die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Bad Godesberg konnte gemeinsam mit vielen weiteren Akteuren wichtige Verbesserungen in die Pläne einbringen.

So bleibt der Theaterplatz auch weiterhin der zentrale Platz für öffentliche Veranstaltungen in Bad Godesberg. Der Einzelhandel soll durch die Umgestaltung gefördert und nicht behindert werden. Schaufenster und Ladenlokale werden von Fahrradständern und Bänken freigehalten. Die Wegebeziehung zwischen den Geschäften wird berücksichtigt und die Erreichbarkeit von Geschäften und Arztpraxen spielt bei der Umgestaltung eine wesentliche Rolle. Die Bad Godesberger Innenstadt soll mit einem öffentlichen WLAN-Angebot auch digitaler werden.

Wir wollen, dass auch der Hochwasserschutz stärker als bislang bei der Umgestaltung berücksichtigt wird. Die Bad Godesberger Innenstadt wird durch mehrere Maßnahmen vor zukünftigen Hochwasserereignissen geschützt werden müssen. Dies muss bei der Planung berücksichtigt werden.

Schließlich legen wir Wert auf eine sichere, saubere und funktionierende Innenstadt.

Was nutzen Brunnen, Wasserläufe und Wasserspiele, wenn sie wegen aufwendiger Pflege, Geldmangel oder häufiger Defekte nicht in Betrieb sind?

Ria-Maternus-Platz

Schon heute ist dies in Bad Godesberg bittere Realität, wie der seit Jahren trockene Brunnen auf dem Ria-Maternus-Platz traurig beweist. Dabei ist der defekte Brunnen nicht der einzige Grund zur Diskussion rund um den Ria-Maternus-Platz. Die Verwaltung stemmt sich mit Händen und Füßen gegen die Aufstellung einer Skulptur des weltbekannten Künstlers Jaume Plensa auf dem Platz vor dem Bahnhof. Gleichzeitig gibt sie ein Vielfaches der bewilligten Haushaltsmittel für eine Ökotoilette auf dem gleichen Platz aus. Während die Skulptur am Denkmalschutz scheitern sollte, bestehen gegen die Ökotoilette keine Einwände. Gut, dass die Bezirksvertretung Bad Godesberg in beiden Fällen mit klaren Beschlüssen für Klarheit gesorgt hat: Kunst gehört auf den öffentlichen Platz vor dem Bahnhof und die Toilette ins Bahnhofsgebäude in die ehemalige Klangstation.

Kurfürstenbad

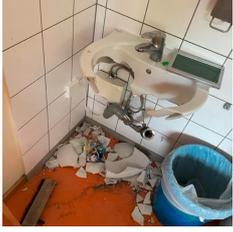
Nachdem die Oberbürgermeisterin die Pläne zur Umgestaltung des Kurfürstenbades um mehr als ein halbes Jahr ohne Not verzögert hat, liegt die Vorplanung



Jens Rösken

**Vorsitzender der Bezirksfraktion
Bad Godesberg**

nun endlich vor. Die Entwürfe sind vielversprechend. So soll das neue Kurfürstenbad ein Sportschwimmbecken mit Sprunganlage, ein Lehrschwimmbecken, ein Kinderbecken, ein Multifunktionsbecken mit Hubboden und einen Saunabereich erhalten. Damit sind zentrale Forderungen der CDU umgesetzt. Ärgerlich bleibt, dass der Neubau des Kurfürstenbades durch die unnötige Intervention der Oberbürgermeisterin um ein weiteres Jahr verzögert wurde. Dabei kostet jede Verzögerung den Steuerzahler richtig Geld. Bei voraussichtlichen Gesamtkosten von 42 Millionen Euro und einem Baukostenindex von 8,8 Prozent hat die Verzögerung vermutlich etwa 4 Millionen Euro gekostet. ■



Bürgerschaft wehrt sich gegen Vandalismus

an der Kreuzbergschule in Lengsdorf

Die Ereignisse auf dem Gelände der Kreuzbergschule/Kita und dem angrenzenden Kreuzbergpark in Lengsdorf geben Anlass zu großer Sorge. Es haben sich dort unhaltbare Zustände entwickelt, die bei der Anwohnerschaft Ängste hervorrufen und ein Gefühl der Ohnmacht verbreiten.

Seit geraumer Zeit wird das Gelände insbesondere in den Abend- und Nachtstunden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgesucht und in Beschlag genommen. Diese fallen dort nicht nur durch Ruhestörung und das Hinterlassen von Müll negativ auf. Durch Sachbeschädigungen, Einbrüche, Brandstiftung und Bedrohungen werden Straftaten begangen. Der Schulbetrieb wird beeinträchtigt und die Anwohnerschaft wird massiv belästigt. Wegen des Vandalismus in der OGS ist zu Beginn der Ferienzeit eine Betreuung der Kinder dort nur eingeschränkt möglich gewesen.

Der örtlich zuständige CDU-Stadtverordnete Bert Moll ist nicht bereit, die Situation und die Eskalation zunehmender Gewalt gegen die Einrichtungen der Schule sowie Beeinträchtigungen der Anwohnerschaft im Bereich der Kreuzbergschule/Kita und des Kreuzbergparks in Lengsdorf hinzunehmen und hat die Bürgerschaft aufgerufen, sich gegen diese Entwicklung zu wehren. Er hat die Oberbürgermeisterin persönlich angeschrieben und sie aufgefordert, sich der Angelegenheit anzunehmen und dabei auch die Spiel- und

Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick zu nehmen und auf Verbesserungen und Erweiterungen hinzuwirken. Dieses Angebot sollte sich auch an Jugendliche und junge Erwachsene richten, die mit den herkömmlichen Freizeitmöglichkeiten bislang kaum oder gar nicht erreicht worden sind. Hier gilt es Gespräche mit den Betroffenen zu führen, ihre Bedürfnisse zu erfassen und auf ein sozialverträgliches Freizeitverhalten hinzuwirken. Die Duldung der Gewalt würde zu weiterem Vandalismus führen.

Zahlreiche Anwohnerinnen und Anwohner haben mit seiner Unterstützung eine Bürgerinitiative gegen Vandalismus an der Kreuzbergschule/Kita und im Kreuzbergpark in Lengsdorf gegründet und eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Die Bürgerinitiative mit 279 Teilnehmerinnen hat einen Bürger/innen-Antrag an die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung Bonn eingereicht und darin gefordert, für einen besseren Objektschutz des Geländes der Kreuzbergschule/Kita sowie des angrenzenden Bereichs des Kreuzbergparks zu sorgen und die Überwachung zum Schutz gegen Vandalismus zu verbessern (siehe Aufzählung rechts).

Trotz immer wiederkehrender Anrufe bei der Polizei und der Ordnungsverwaltung und anschließender Einsätze hat sich die Situation nicht verbessert. Im Gegenteil: Die Jugendlichen zeigen weder Respekt noch Einsicht, ihr Verhalten zu ändern und

Bert Justus Moll

Vorsitzender der Bezirksfraktion

Hardtberg

werden immer dreister. Nach Kenntnis der Anwohnerschaft konnte die Identität der Täter bislang nicht geklärt werden. Unverständlich ist, dass die Stadtverwaltung die Einrichtung von Videoüberwachungen an Schulen für nicht geeignet erachtet, wie sie auf einen Antrag der CDU Ratsfraktion mitteilte. Dies widerspricht der Erkenntnis, dass Videoüberwachung zur Abschreckung von Straftaten erheblich beitragen und die Strafverfolgung erleichtern kann. ■

Forderungen der Bürgerinitiative:

1 Das Gelände der Schule muss außerhalb der Öffnungszeiten gegen den Zugang von Unbefugten gesichert werden.

2 Zur Prävention und Verfolgung von Straftaten ist eine Videoüberwachung zu prüfen und an geeigneter Stelle anzubringen.

3 Insbesondere in den Abend- und Nachtstunden müssen vermehrt Kontrollen durchgeführt und gegebenenfalls Platzverweise ausgesprochen werden.

4 Die erforderlichen Maßnahmen betreffen nicht nur den Schutz der Einrichtungen und der Anwohnerschaft. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen eng begleitet und ihre Eltern aufgesucht werden, um weiterem Fehlverhalten und der Begehung von Straftaten vorzubeugen.

5 Strafverfahren müssen eingeleitet und der Ersatz des Schadens gefordert werden.